

Abitur 2007

## **Abitur-Vorklausur**

**Thema:**

### **Welche klimapolitischen Ansätze und Maßnahmen sind richtig?**

**Material:**

Jörn Richter: Klimaschutz durch Völkerrecht und/oder Technologieinitiativen? Klimapolitik im Spannungsfeld von Kyoto und APP, zit. nach: [www.weltpolitik.net](http://www.weltpolitik.net)

**Aufgabenstellung:**

1. Beschreibe bitte das Phänomen des globalen Klimawandels in seinen Ursachen und wahrscheinlichen Folgen. Berücksichtige in Deinen Ausführungen die Ergebnisse der weltweiten CO<sub>2</sub>-Bilanz. [max. 25 Punkte]
2. Analysiere die beiden Ansätze „Kyoto-Protokoll“ und „APP“. Arbeite Gemeinsamkeiten und Unterschiede bitte deutlich heraus. [max. 15 Punkte]
3. Welchen der beiden Politik-Ansätze würdest Du bevorzugen? Wäge bitte die Stärken und Schwächen gegeneinander ab. [max. 10 Punkte]
4. Welche Rolle sollte Deiner Einschätzung nach die EU im Rahmen der globalen Klimapolitik einnehmen? Wie sind die Möglichkeiten des Europäischen Parlaments in diesem Zusammenhang einzuschätzen? [max. 25 Punkte]
5. Sollte die deutsche Bundesregierung die Pläne der Europäischen Kommission, die CO<sub>2</sub>-Emissionen für neu zugelassene PKW bis 2012 auf 120g/km zu reduzieren, unterstützen? – Welche flankierende nationale Maßnahmen hältst Du für sinnvoll? [max. 25 Punkte]

Viel Glück und Erfolg!!

## **Widerstand und Alternative: APP**

Wurde die Klimarahmenkonvention 1992 noch als Meilenstein der Klimapolitik gefeiert und bis heute von 189 Staaten ratifiziert, gestalteten sich die Verhandlungen zum Kyoto-Protokoll deutlich kontroverser. So verspernte die „Byrd-Hagel Resolution“ des U.S. Senats, die am 25. Juli 1997 mit 95 zu 0 Stimmen angenommen wurde, den Weg zu einer universellen Anwendung des Kyoto-Protokolls. Sie machte deutlich, dass der Senat keine Klimaschutzvereinbarung akzeptiert, die keine Emissionsbeschränkungen für Schwellenländer beinhaltet oder zu einer ernstzunehmenden Schädigung der amerikanischen Wirtschaft führen könnte. Die Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls durch den damaligen Vize-Präsidenten Al Gore am 12. November 1998 hatte daher lediglich symbolischen Charakter. Es wurde dem Senat nicht zur Ratifizierung vorgelegt.

Im Juli 2005 stellten die USA zusammen mit Australien, China, Indien, Japan, Südkorea überraschend die „Asiatisch-Pazifische Partnerschaft für Saubere Entwicklung und Klima“ (APP) vor. Ziel dieser Initiative ist der Ausbau von Kooperation, Investition, Forschung und Technologietransfer „um beidem, unseren gesteigerten Energiebedürfnisse und den damit verknüpften Herausforderungen, einschließlich derer bezüglich Luftverschmutzung, Energiesicherheit und Treibhausgasintensitäten, zu begegnen“. Zu diesem Zweck wurden acht Task Forces eingerichtet, die praktische Handlungsansätze zusammentragen sollen. Zur Finanzierung der Ziele wurde auf dem ersten Treffen der APP am 12. Januar 2006 in Sydney beschlossen, einen Fonds in Höhe von 169 Millionen US-Dollar aufzulegen. Weiter sollen privatwirtschaftliche Akteure zu finanziellen Zugeständnissen gedrängt werden.

Auf dem Treffen wurde betont, dass die freiwillige und völkerrechtlich nicht bindende Partnerschaft auf den Prinzipien der Klimarahmenkonferenz fuße. Sie solle keinen Gegenentwurf, sondern eine Ergänzung des Kyoto-Protokolls darstellen. Daher ist auch eine Doppelmitgliedschaft möglich, wie Japan deutlich macht. Neben der Teilnahme in der APP, hat es sich ebenfalls zu Reduktionen im Rahmen des Kyoto-Protokolls verpflichtet. Auch China, Indien und Südkorea gehören zu den Staaten, die das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben. Sie sind jedoch für die erste Periode bis 2012 keine Verpflichtungen eingegangen.

[...]

Trotzdem gibt es gute Gründe, der APP einen besonderen Status zuzugestehen: Im Vergleich mit anderen Initiativen dieser Art, ist der Teilnehmerkreis der APP sehr begrenzt. Nur sechs Staaten nehmen an der Partnerschaft teil. Unter den Mitgliedern befinden sich jedoch wichtige Akteure. Mit den USA und Australien treffen hier zwei Kyoto-Verweigerer auf die aufstrebenden und bevölkerungsreichen Staaten China und Indien. Letztere beiden Staaten werden zukünftig aufgrund ihres wirtschaftlichen Wachstums und der dadurch generierten Emissionen in der internationalen Klimapolitik ein immer größeres Gewicht bekommen. Weiter lassen Äußerungen, besonders von Seiten Australiens, die Vermutung zu, dass die APP trotz anderslautender offizieller Aussagen nicht als komplementär, sondern als Gegenentwurf zum Kyoto-Protokoll gedacht wird. Auch der Zeitpunkt der Bekanntgabe des Vorhabens im Juli 2005 könnte auf eine ähnliche Weise gedeutet werden. Sie fiel genau in die von Zuversicht gekennzeichnete Phase nach dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls im Februar 2005 und vor den anstehenden post2012-Verhandlungen in Montreal ab November 2005.

## **Kyoto und APP, zwei unterschiedliche Ansätze!**

Das Kyoto-Protokoll und die APP stellen zwei unterschiedliche Ansätze zur Bekämpfung von Treibhausgasemissionen dar – sowohl inhaltlich, als auch strukturell:

Das Kyoto-Protokoll ist das Ergebnis eines politischen Prozesses, der mit dem Weltklimagipfel 1992 in Rio begann. Das Ziel dieser Art Konferenzdiplomatie ist es, globale Probleme auf globaler Ebene zu lösen. Eine Konsensfindung unter möglichst vielen beteiligten Parteien soll für Akzeptanz und Durchsetzbarkeit des Ergebnisses sorgen. Der entstandene Konsens hat völkerrechtliche Verbindlichkeit.

Die APP dagegen ist durch Freiwilligkeit und die Beschränkung des Teilnehmerfeldes gekennzeichnet. Diese Einschränkung der Teilnehmerzahl auf eine Gruppe themenrelevanter Akteure soll einen schnellen Fortschritt der Verhandlungen gewährleisten. Statt der Universalität steht die Effektivität im Vordergrund. Von verbindlichen Verpflichtungen wird Abstand genommen.

Auch bezüglich des inhaltlichen Konzeptes unterscheiden sich die Ansätze stark. Im Gegensatz zu Kyoto genießt das Ziel der Treibhausgasvermeidung in der APP nicht die Hauptaufmerksamkeit. Der Schwerpunkt liegt hingegen auf der Wahrung der Energiesicherheit, in deren Rahmen auch negative

Begleiterscheinungen der Energiegewinnung bekämpft werden sollen. Zu diesen gehörten gesteigerte Treibhausgasemissionen und deren Auswirkungen auf das Klima. Die geostrategische Komponente der Energiesicherheit spielt im Kyoto-Protokoll keine Rolle.

Bei der konkreten Bekämpfung der Emissionen beschreitet Kyoto den Weg des „market-pull“. Die Emissionsreduktionen sollen dadurch erreicht werden, dass Externalitäten in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung internalisiert werden: Durch die Einführung kostenpflichtiger Emissionszertifikate erhalten Umweltschädigungen (z.B. CO<sub>2</sub>-Emissionen) im marktwirtschaftlichen Sinne einen Preis, mit dem ein Unternehmen kalkulieren muss. Durch diese Internalisierung werden unter Umständen emissionsreduzierende Investitionen im Vergleich zum Erwerb von Emissionsrechten profitabel, die bei „kostenfreier“ Umweltverschmutzung nicht getätigt worden wären. Die kontinuierliche Reduktion des Angebotes an Emissionsrechten lässt deren Preise bei gleichbleibenden Emissionen ansteigen und führt dazu, dass Investitionen in umweltschonende Techniken immer attraktiver werden. Die Mechanismen des Handels der Emissionsrechte, der CDM und der JI tragen dazu bei, dass Emissionen dort verhindert werden, wo die Reduktion am preiswertesten ist. Maßgebend für diesen Ansatz ist die Fixierung von Emissionsgrenzen bzw. Minderungszielen.

Eine andere Herangehensweise stellt das Konzept des *technology-push* dar. Dieses wird in der APP praktiziert. Fortschrittliche Technologien, die in der Lage sind zur Emissionsreduktion beizutragen, werden durch öffentliche Investitionen subventioniert. Die Unterstützung soll das Erreichen der Marktreife erleichtern. Emissionsgrenzen sind hierbei nicht notwendig und werden auf der Ebene der APP auch nicht praktiziert. Generell sollen solche Restriktionen erst dann in Betracht gezogen werden, wenn sich die entsprechenden Kosten der entwickelten Technologien in einem volkswirtschaftliche verträglichen Rahmen halten.

www.weltpolitik.net aktualisiert: 18. September 2006

© 2000-2006 Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. Alle Rechte vorbehalten.

Abb. 2: Reduktionsverpflichtungen laut Kyoto  
(Quelle der Daten: Kyoto-Protokoll/ Bundesministerium für Umwelt Naturschutz und Reaktorsicherheit)

### CO<sub>2</sub>-Reduktionsverpflichtungen des Kyoto-Protokolls

Annex-B-Staaten:	EG-15:		
Australien	8,0%		
Bulgarien	-8,0%		
Estland	-8,0%	Deutschland	-21,0%
Island	10,0%		
Japan	-6,0%		
Kanada	-6,0%		
Kroatien	-5,0%	Niederlande	-6,0%
Lettland	-8,0%		
Liechtenstein	-8,0%	Frankreich	0,0%
Litauen	-8,0%		
Monaco	-8,0%		
Neuseeland	0,0%		
Norwegen	1,0%		
Polen	-6,0%	Portugal	27,0%
Rumänien	-8,0%		
Russland	0,0%		
Slowakei	-8,0%		
Slowenien	-8,0%		
Schweiz	-8,0%		
Tschechien	-8,0%		
Ukraine	0,0%		
Ungarn	-6,0%		
USA	-7,0%		

